

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 1,00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1,20 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 40

Duisburg, den 1. Oktober 1921

22. Jahrgang

Wer trägt die größte Last?

Der Kampf um die Lohnerhöhungen hat in manchen Gebieten Formen angenommen, die jeden Weisheits- und jedes Gerechtigkeitsgefühl vermissen lassen. Lohnverhandlungen werden absichtlich in die Länge gezogen oder verschleppt und kommt es zu Verhandlungen, wird häufig von Arbeitgeberseite ein Angebot gemacht, das zum Lachen reizen könnte, wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre. Daß es eine Anzahl Unternehmer gibt, die die Not der Zeit einsehen und nicht erst nach erbärmlichster Krämermanier herumfeilschen um die Groschen, die der Arbeiter doch notwendig zum Lebensunterhalt gebraucht, wissen wir; aber ein großer Teil sucht noch immer unter den wurmstichigsten Beweisgründen einem gerechten Lohnausgleich aus dem Wege zu gehen. Das wird ihnen freilich durch den Radikalismus mancher irreführenden Arbeiterfreileider nur zu leicht gemacht, die von gewerkschaftlicher Arbeit und gewerkschaftlicher Lohnkampfführung nichts wissen wollen, sondern glauben, mit Rabau und Fenster Scheibeneinwerfen die Hebung des Arbeiterstandes erreichen zu können. Und kraßt dann der wilde Streik mit seinen Begleitererscheinungen zusammen, dann kriechen sie zu Kreuze und suchen durch Hissen der gelben Fahne wieder „lieb Kind“ zu werden. Gerade solchen Arbeitern gegenüber hat es das Unternehmertum leicht, seine Gründe ins Feld zu führen, daß Lohnerhöhungen nicht gegeben werden könnten, weil die Industrie weitere Lasten nicht zu tragen vermöge, wenn sie nicht zusammenbrechen wolle und wie die „Beweise“ alle heißen.

Nun reden die Ergebnisse, besonders des letzten Geschäftsjahres, eine wesentlich andere Sprache. 25 bis 40 Prozent Dividende, das ist so das Durchschnittsergebnis, abgesehen von den ganz gewaltigen Abschreibungen in den Reservefonds, Erneuerungsfonds oder in den Konten, die erst nach dem Krise entstand und die Namen Werkerhaltungs-, Werkerneuerungs- oder Wertberichtigungskonto tragen.

Bei der Bepreisung der industriellen Gewinne spielt die Frage der Goldwerte eine große Rolle. Es wird vielfach behauptet, daß die Goldbelegungen nur mit Papierwerten verginzt werden. Das ist dann richtig, wenn die betreffende Gesellschaft keine Erhöhung ihres Aktienkapitals vorgenommen hat. Das ist jedoch nur in den seltensten Fällen vorgekommen. Die allergrößte Mehrzahl der Werke hat riesige Erhöhungen des Aktienkapitals im Laufe der drei Jahre gemacht und ihr Kapital nicht nur verdoppelt, sondern um das Vier-, Fünf- bis Zehnfache erhöht. So z. B. hat die Daimler Motoren-W.G. ihr Aktienkapital von 1918 bis 1921 von 8 Millionen auf 200 Millionen Mark erhöht; diese 200 Millionen stellen keine Goldwerte mehr da, sie sind in Papier geleistet und es ist deshalb mehr als sonderbar, wenn dafür Zinsen in Gold gefordert werden. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ will die Gewinne sogar in Dollar umgerechnet wissen. Was ergäbe sich aber dann, wenn die gleiche Methode auch bei den Löhnen angewandt würde? Ein Arbeiter, der vor dem Krieg 6 M Tagelohn hatte, bekam nach dem damaligen Geldwerte 1,5 Dollar; jetzt würde der gleiche Arbeiter, bei einem Tagelohn von 50 M nicht einmal einen halben Dollar nach dem heutigen Geldwerte erhalten, während der amerikanische Metallarbeiter 4 Dollar täglich erhält. Wo bleiben da die hohen Löhne, über die die Industrie so sehr klagt.

Das Unternehmertum will nun den Anschein erwecken, als erziele es nur eine recht geringe Papiermarkrente auf sein Goldkapital. Und ganz besonders die Finanz zieht da die Jammerglocke. In der Generalversammlung der Diskontogesellschaft in Berlin führte der älteste Geschäftsinhaber, Herr Salomonsohn, über die Frage der Gewinne der Unternehmungen aus:

Schwankungen auf dem Eisenmarkt

Die Preise auf dem Eisenmarkt beginnen wieder zu klettern. Aus der kurzen scheinbaren Stabilität, in der sich der Eisenmarkt befand, wird er aufs neue großen Konjunkturschwankungen unterworfen. Wir sind es in Deutschland bald gewohnt, daß alle Uebelstände den „Bettlern“ jenseits der Meere zugeschrieben werden. Nun ist ja gewiß der Versailler Vertrag einfach ein unhaltbares Instrument, das auf die Dauer unsere Wirtschaft zerreißen. Aber daneben dürfen die Augen nicht verschlossen werden, daß es in Deutschland selbst Hunderttausende gibt, die den Versailler Friedensvertrag noch unertäglicher machen und aus lauter Egoismus den deutschen Markt nicht zur Ruhe kommen lassen, sondern aus dem toten Körper aus lauter Profitgier das letzte Blut herausquetschen.

Es ist von Bedeutung, wenn ein Blatt wie „Die deutsche Bergwerkszeitung“, die der Industrie nahe ist, einmal den Finger auf diese skandalösen Zustände legt, und man darf überzeugt sein, daß die Sachlage noch bedeutend erbärmlicher

Sie werden auch nicht einmal den berechtigten Ansprüchen des Anteilseigners gerecht, der sein Kapital in Gold eingezahlt hat und nun trotz der hohen Dividendenziffer nur eine bescheidene Rente erzielt.

Aber selbst angenommen, diese Ausführungen würden der objektiven Wahrheit entsprechen, so bekämen die Unternehmer auf ihre Goldmarkaktien doch noch ganz erhebliche Papiermarkrenten von durchschnittlich 25 bis 40 Prozent. Dagegen erhalten die kleinen Sparer, die „Kastemännchenrentner“ auf ihre effektiven Goldmarksparrnisse doch nur 3 bis 3,5 Prozent Papiermarkzinsen.

Vielfach werden Gewinne erzielt, deren sich die Unternehmungen kaum zu erweitern vermögen, so daß neben den großen Abschreibungen Bonuszahlungen, Gratis- oder Vorzugsaktien als wertvollste Bezugsrechte an der Tagesordnung sind. Zum Beispiel hatte laut Hamburger Echo die neue Baumwollspinnerei in Bayreuth 1920 einen Gewinn von 19,5 Millionen. Das Kapital betrug 3 Millionen Mark und wurde im Februar 1920 um 1,5 Millionen Mark erhöht. Diese Aktien erhielten die Aktionäre umsonst und waren für das ganze Jahr dividendenberechtigt. Aber der Gewinn stand zur Kapitalanlage in einem solchen Mißverhältnis, daß die Gesellschaft nochmals für 9 Millionen Aktien an die Aktionäre verpfändete. Auf das so erhöhte Kapital wurden dann noch 20 Prozent Dividende verteilt. Auf die in Wirklichkeit eingezahlten 3 Millionen Mark bekamen die Aktionäre also 2,7 Millionen Zinsen, wozu noch die Gratisaktien kamen.

Einen markanten Fall der billigen Aktien liefert das Eisenwerk Thale, das seinen Uberschuß von 4 auf 34 Millionen Mark erhöhte und 50 Prozent Dividende verteilte. Gleichzeitig gab es für 10 Millionen Mark neue Aktien aus zum Kurse von 100 Prozent, die an der Börse mit 1000 Prozent gehandelt wurden.

Nun soll nicht verkannt werden, daß es eine Anzahl Unternehmungen gibt, die tatsächlich nur von der Hand in den Mund leben, aber diese sind gegenüber denjenigen, die gut abschneiden, bedeutend in der Minderzahl.

Bei der Arbeiterschaft ist es genau umgekehrt. Die Löhne bewegen sich zum großen Teil noch unter dem Existenzminimum. Nach den letzten Berechnungen beträgt das Existenzminimum für eine dreiköpfige Familie 17 000 M im Jahr. Und wie groß ist die Zahl derjenigen, die darunter bleibt?

Es bleibt aber für kulturelle oder lindererziehlische Forderungen noch gar nichts übrig. Einen Spargorschen beiseite zu legen, dazu kommt infolge der horrenden Teuerung der Arbeiter schon lange nicht mehr. Neuanschaffungen in Kleidern, Schuhen usw. können nur gemacht werden, wenn man sich einen großen Teil der Zeit „krumm“ legt.

Wir alle wissen, daß die Arbeiterschaft, soweit sie nicht durch radikale Phrasen verführt ist, ehrlich und redlich ihre Pflicht erfüllt auch unter den schwersten Umständen. Dann soll man aber auch sozial einsehen haben, daß man eine Arbeiterschaft wie die deutsche nicht mit einem Lohn abspießt, der, wie es oft geschieht, im schreienden Gegensatz zu den Lebensverhältnissen steht. Die denkende Arbeiterschaft weiß auch, daß eine Industrie florieren muß, wenn sie annehmbare Löhne auszahlen soll. Es wäre lächerlich, wenn man das verneinen wollte. Aber es muß dann auch verlangt werden, daß neben den Gewinnen Löhne stehen, die dem Arbeiter die drückende Last und Not von den Schultern nehmen. Denn die Arbeiterschaft trägt die größte Last. Ohne eine starke Gewerkschaftsbewegung aber läßt sich das Ziel nicht erreichen. Nur durch sie kann der Arbeiterschaft im Wirtschaftsgetriebe die Stellung gegeben werden, die ihr zukommt.

ist, als die deutsche Bergwerkszeitung selbst zugeben möchte. Ihre Darstellungen sind eine scharfe Anklage gegen die Wirtschaft auf dem Eisenmarkt, die von Verbrauchern und Händlern getrieben wird, und es ist höchste Zeit, daß unsere Wirtschaftskörper sich einmal energisch damit befassen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt:

Man kann sich leider der Tatsache nicht verschließen, daß die Konjunkturschwankungen am Eisenmarkt von den Verbrauchern und Händlern selbst unnötigerweise verschärft werden. Immer wieder kann man beobachten, daß, sobald am Markt ein etwas lebhafterer Wind weht, Händler und Verbraucher bemüht sind, sich über Gebühr einzudecken. Machen sich aber Anzeichen eines Stillstandes bemerkbar, so ist die Nachfrage plötzlich wie weggeblasen und es gehen bei den Werken schon bald wieder die leidigen Anträge auf Annullierung rechtmäßig gekaufter Aufträge ein. Bezeichnend ist, daß in solchen Zeiten zahlreiche Verbraucherwerke als Verkäufer von Waaren auftreten, wodurch natürlich der Rückgang beschleunigt wird bzw. die schädlichen Konjunkturschwankungen künstlich vergrößert werden. Selbst große Betriebe beteiligen sich an dieser durchaus zu verurteilenden und allen kaufmännischen Grundregeln zuwiderlaufenden Eisenhandlung. So fand man z. B. wie wir er-

fahren, beim Uebergang der Elektrizitätswerke Siemens u. Halske an den Sinneskongern in den Betrieben nicht weniger als 100 000 Tonnen Eisen vor, die unter Zugrundelegung der letzten offiziellen Preise des E. W. B. einen Wert von rund 300 Millionen Mark repräsentierten. Daß selbst ein großer Betrieb wie Siemens u. Halske Eisenvorräte in dieser Höhe benötigt, darf wohl ausgeschlossen erscheinen und im übrigen wird die Uebernahme eines derartigen finanziellen Risikos kaum jemand gutheißen wollen. Auch die allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hatte vor einiger Zeit außerordentlich große Eisenvorräte auf Lager genommen, die man auf etwa 80 000 Tonnen geschätzt. Da das Unternehmen hierfür in den eigenen Betrieben unmöglich Verwendung hatte, mußte es versuchen, am freien Markt damit unterzukommen. Somit ergibt sich die interessante Tatsache, daß ein großer Elektrizitätskongern wie die AEG zeitweilig als einer der größten Eisenhändler Deutschlands aufgetreten ist. Man darf im übrigen annehmen, daß die beiden hier angeführten Fälle nicht einzeln in ihrer Art dastehen.

Die vorstehenden Feststellungen zeigen, daß bedauerlicherweise auch der Eisenmarkt einem spekulativen Einschlage sich nicht hat entziehen können. Ein erheblicher Teil der Eisenproduktion — schätzungsweise 60—80 Prozent — geht heute in Händlerhände über, und daß der Handel zu einem erheblichen Teile sehr spekulativ veranlagt ist, dürfte kaum abzuleugnen sein, besonders nachdem während der Kriegs- und Revolutionszeit zahlreiche neue Handelsfirmen entstanden sind. Es ist an dieser Stelle wohl auch die Frage aufzuwerfen, ob es gut war, daß große Eisenhandelsfirmen einen so weitgehenden Einfluß auf großindustrielle Werke gewonnen haben. Rechnet man hinzu, daß, wie erwähnt, von Fall zu Fall selbst die weiterverarbeitenden Werke als Händler auftreten, so braucht man sich über die Konjunkturschwankungen am Eisenmarkt nicht zu wundern.

Die deutsche Bergwerkszeitung schneidet mit ihrem Artikel eine Sache auf, die den Beteiligten nicht gerade angenehm in den Ohren klingen wird. Aber es muß einmal auch hier energisch durchgepackt werden, damit nicht durch rein spekulative Einflüsse der Eisenmarkt steten Schwankungen unterworfen bleibt. Wir Metallarbeiter haben das größte Interesse an der Stabilisierung des Eisenmarktes, schrittweise, um nicht ständig aus einer Krise in die andere hineingeworfen zu werden.

70 000 Mark! Wer lacht da?

Bei Verhandlungen bemühen sich die Arbeitgeber oft frampfhaf, um zu beweisen, daß es mit der Steigerung der Lebenshaltung in Deutschland gar nicht so schlimm sei, wie es immer „gemacht“ werde und Statistiker zeigen, daß es im Höchstfall zu einer acht- bis zehnfachen Steigerung der Lebensverhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit gekommen sei. Wie aber in Wirklichkeit Unternehmer die heutige Lage ansehen, und wie die Verteuerung der Lebenshaltung eingeschätzt wird, beweist ein Brief, den laut „Vorwärts“ vom 20. September die „Deutsche Bank“ an einen ihrer amerikanischen Geschäftsfreunde richtete:

Berlin, den 11. August 1921

Herrn E. N.

Auf den weiteren Inhalt Ihres Briefes erlauben wir uns höflich zu erwidern, daß die Kosten, welche die Lebenshaltung in Deutschland zurzeit erfordert, abhängig sind von der Größe der Familie und von den Ansprüchen die gestellt werden. Eine Familie von drei Personen dürfte gegenwärtig zu ihrem Unterhalt eine Summe von 70 000 M. jährlich gebrauchen, wobei es ziemlich gleich bleiben dürfte, ob der Aufenthalt in Berlin oder Hamburg genommen wird. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Leben in Deutschland augenblicklich ungefähr fünfzehnfach so teuer ist, als in der Vorkriegszeit.

Wir empfehlen uns Ihnen

Hochachtungsvoll

Deutsche Bank

Unterschriften.

Die Deutsche Bank macht also das wichtige Eingeständnis, daß das jährliche Existenzminimum für eine dreiköpfige Familie 70 000 M. beträgt und daß die jetzigen Kosten der Lebenshaltung in Deutschland um fünfzehnfach höher als in der Vorkriegszeit eingeschätzt sind. Der Brief der Deutschen Bank bietet allen Organisationsvertretern bei Tarifverhandlungen ein wertvolles Beweismittel, um den Arbeitgebern klarzumachen, daß die Entlohnung der Arbeiterschaft sehr weit hinter den gegenwärtigen Preisverhältnissen zurückbleibt.

Abbau des Acht-Stundentages

Ausgerechnet im sozialistischen Lager mehrten sich auffallenderweise die Stimmen, die auf einen Abbau des schematischen Achtstundentages hindrängen. Ob es die Furcht ist, mit dem schematischen Achtstundentag der deutschen Volkswirtschaft einen Bärendienst erwiesen zu haben oder ob man sich der Hoffnung hingibt, nach zwei Jahren Revolutionswirtschaft ihn leichter befeitigen zu können, lassen wir dahingestellt. In den „Sozialistischen Monatsheften“ Nr. 17, 1921, schreibt Julius Kautski folgende bemerkenswerten Sätze:

„Für die Arbeiterklasse ergibt sich die unabweisbare Forderung: ihre Leistungen zu steigern. Man darf nicht einwenden, daß eine Schichtverlängerung im Hinblick auf die unünftigen

Metallwirtschaftsbund und Eisenwirtschaftsbund

Von Trudi Brendler.

(Schluß.)

Anders als das Aufgabengebiet und der Charakter des E. W. B. ist der M. W. B. Es ist zu unterscheiden zwischen der Tätigkeit des M. W. B. als private Vereinigung eines Interessentenkreises und den amtlichen Funktionen als Außenhandelsstelle der Metallwirtschaft. Als solche sind ihm ein Teil der staatlichen Hoheitsrechte des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung beim Reichswirtschaftsministerium übertragen worden. (Eine besondere schriftliche Abmachung darüber besteht nicht; über die allgemeine rechtliche Grundlage vergl. oben.) Diese Rechte werden vertreten von dem Reichsbevollmächtigten, der sachlich nicht identisch ist mit dem Vorsitzenden des M. W. B.; die tatsächlich bestehende Personalunion findet ihre Begründung in persönlichen Momenten. Der Reichsbevollmächtigte und seine Stellvertreter werden vom Reich ernannt; sie sind ehrenamtlich tätig. Die stellvertretenden Reichsbevollmächtigten sind zugleich Geschäftsführer des M. W. B. und beziehen als solche Gehalt vom M. W. B., der seine Unkosten durch eine Umlage auf die Ausfuhrbewilligung deckt.

Die Erteilung der Ausfuhrbewilligungen geschieht unter dem Gesichtspunkt der Sorge für die Beschäftigung der deutschen Arbeiter, unter Rücksichtnahme der deutschen Arbeit, unter Rücksichtnahme auf die Valuta und vor allem unter Beachtung der Gleichhaltung des In- und Auslandspreises. Es werden weder für das Inland noch für das Ausland Höchstpreise festgesetzt, sondern lediglich darauf geachtet, daß der Auslandspreis nicht niedriger ist als der Warenpreis für den Inlandsmarkt; eine Verschleuderung von Waren nach dem Ausland wird damit also vermieden. Der Inlandspreis wird indirekt insofern geregelt, als bei Anaptheit oder künstlicher Preissteigerung bestimmter Waren die Ausfuhr derselben gesperrt wird, so daß der Warenmangel aufhört und der Preis fällt. Die Einfuhr von Rohmaterialien, die in Deutschland hergestellt werden, wird dann zugelassen, „wenn deutsche Firmen nicht in der Lage sind, zu gleichen Preisen, gleichen Bedingungen und in gleicher Qualität zu liefern wie das Ausland“.

Zwangsmassnahmen kennt der M. W. B. nur in geringem Umfang. Er vermeidet es, mit dem Staatsanwalt zu arbeiten; bei Unstimmigkeiten schickt er eigene Revisoren zu Industrie und Handel. Kommen bei einer Firma Unregelmäßigkeiten vor, so bewirkt er beim Reichskommissar die Eintragung in die Sperrliste, was die Verweigerung von Aus- und Einfuhrerlaubnissen zur Folge hat. Im übrigen ist vor der Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen ein Verpflichtungsgeschreiben zu unterzeichnen als Sicherung dafür, daß die in dem Aus- bzw. Einfuhrantrag gemachten Angaben, insbesondere über Preise, Art und Gattung der Waren, sowie über angegebene Werte, Gewichte und Mengen den Tatsachen entsprechen und daß die Bewilligung nicht einer anderen Personlichkeit übertragen wird. Man hat sich ferner zu verpflichten, „für wesentlich falsche Angaben — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — eine einer Konventionalstrafe gleich zu erachtende Buße in Höhe des zehnfachen Unterschiedes zwischen der bei dem Aus- bzw. Einfuhrantrag gemachten Wertangabe und dem tatsächlichen Aus- bzw. Einfuhrwert an die Kasse des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung zu Gunsten des Reichsfiskus zu entrichten“. Der Gegenwert der angeführten Waren ist sechs Wochen nach Absendung der Waren der Reichsbank zur Verfügung zu stellen oder dem Reichsbankdirektorium den Nachweis über Eingang des erlösten Betrages zu Gunsten der deutschen Valuta zu erbringen.

Anträge werden, falls keine Rückfragen erforderlich sind, in längstens 48 Stunden erledigt; (nebenbei: Die Innehaltung dieses Grundsatzes erregte die Verwunderung mehrerer Firmen, da man bisher gewohnt war, auf die Bewilligung von Ausfuhranträgen wochenlang zu warten). Man ist in allem nach Möglichkeit bedacht, den behördlichen Anstrich zu vermeiden und als „Kaufmann“ des Reiches mit anderen Geschäftsleuten zu verkehren.

Im Rahmen der geschilderten amtlichen Tätigkeit steht der M. W. B. unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministers bzw. des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung beim Reichswirtschaftsministerium. (Interessant ist eine Erklärung des Reichswirtschaftsministers in der 2. Sitzung des M. W. B. am 13. Mai 1919 — also noch vor Bestehen der Verordnung über die Außenhandelskontrolle — daß der Reichsbevollmächtigte als solcher gleichzeitig auch die Stelle des Kommissars des Reichswirtschaftsministers vertritt.) Gebrauch ist von der Aufsicht aktiv, aber in Form eines Einspruchs noch nicht gemacht worden. Frei von der Aufsicht ist der M. W. B. bei der zweiten Aufgabengruppe, in der er als völlig private Vereinigung arbeitet. Es handelt sich hier um eine

Vermittlungstätigkeit d. Abteilung „Kraft“, die bemüht ist, die angeschlossenen Industrien soweit wie möglich zu unterstützen:

- a) bei der Beschaffung der Brennstoffe, des elektrischen Stromes und der Wasserkraft;
- b) bei allen mit Herbeiführung von Materialien zusammenhängenden Transportfragen. Bisher kam auch noch hinzu die Sorge für Festsetzung eines ausreichenden Kontingents an Natriumsulfat und Soda; seitdem dieses frei bewirtschaftet wird, setzt nur noch eine Vertretung der Interessen ein, wenn das Sodasyndikat Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Soda und Natriumsulfat machen sollte.

Schließlich hat der M. W. B. noch eine gutachtliche Tätigkeit in Steuer-, Zoll- und ähnlichen Fragen.

Zusammenfassend und vergleichend ist zu sagen: das Hauptgewicht der Tätigkeit des M. W. B. liegt auf der Außenhandelskontrolle; des E. W. B. in der Regelung des Inlandsmarktes.

Hieraus erklärt sich bereits ein auf Teil der Stellungnahme der Interessenten zu den beiden Körperlichkeiten; je merklicher sich die Regelung auf den Inlandsmarkt erstreckt, desto größer ist die Abneigung bei Erzeugern und Händlern. So forderte man in den ersten Monaten dieses Jahres heftig die Auflösung des E. W. B. und stellte mit Genugtuung fest, daß er mehr oder minder eingeschlafen sei, um jetzt freilich um so lauter wieder danach zu rufen. Klagen über den M. W. B. sind dagegen in der Presse nirgends zu finden. Die oben dargestellte indirekte Regelung der Inlandspreise des M. W. B. ist gewissermaßen eine gefälliger Form des Eingriffs, die nicht so unangenehm empfunden wird, als die Regelung durch die Höchstpreisfestsetzung.

Mit der Preisregelungsfrage hängt die gegenseitige Stellung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den beiden Verbänden zusammen. Beim M. W. B. wird von beiden Seiten die gute Zusammenarbeit betont; die Praxis hat hier einen nicht unerheblichen und zu begründenden Einfluß der Arbeitnehmer ergeben. Die Vertreter im E. W. B. klagen hier wie dort über scharfe Gegensätzlichkeiten und Unstimmigkeiten; nur in Behandlung von Ausfuhrfragen liegen die Dinge etwas besser. Ein günstiges Moment bleibt hier nun auch die Schulung der Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen und die Heranziehung zur Mitverantwortlichkeit.

Aus dem verschiedenen Aufgabengebiet erklärt sich zu einem Teil der Unterschied im Aufbau von M. W. B. und E. W. B., auf den oben hingewiesen wurde; die geringe Differenzierung gestattet dem M. W. B. die erwähnte größere Zentralisation. Zum anderen begründet sie sich durch die erstrebte Ablehnung an kaufmännische Formen; möglicste Vermeidung von Bürokratismus, Vereinfachung des Geschäftsganges, schnelle Erledigung von Anträgen.

Hat in viel hervorsteherenderem Maße der E. W. B. den Charakter einer Behörde

mit einem gewissen Grade von Selbstverwaltung, beschränkt durch das weitgehende Einspruchsrecht des Reichswirtschaftsministers, so zeigt sich der M. W. B. in einer eigenartigen Zwitterstellung. Begründet unter starker Beteiligung privater wirtschaftlicher Interessen, deren Träger vielfach ausgesprochene Anhänger der freien Wirtschaft sind, übt er, neben rein privater Tätigkeit, wichtige behördliche Funktionen aus. Er hat bei flüchtigem Blick den Anschein eines Organs der Planwirtschaft, ist in Tatsache aber ein Gegner der Zwangswirtschaft und bemüht sich, „im Rahmen der gemeinnützigen Wirtschaft Industrie und Handel von allen Fesseln zu befreien“. Man darf ihn wohl als eine glückliche Form des neuerdings geforderten Typs der industriellen Selbstverwaltung (vergl. Reichsverfassung Artikel 165) ansehen, die es versteht, allgemeine und private Interessen in gleicher Weise zu vertreten. Dazu berechtigt einmal die Tatsache, daß trotz der Verschiedenartigkeit der Interessen seiner Mitglieder: Erzeuger, Händler und Verbraucher, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der M. W. B. bisher alle seine Beschlüsse einstimmig gefaßt hat; sodann aber auch, daß von behördlicher Seite kein Versuch gemacht worden ist, eine dem E. W. B. analoge Körperlichkeit für die Metallindustrie ins Leben zu rufen.

Auf kurze Formel gebracht, kann man den E. W. B. charakterisieren als eine Behörde mit einem gewissen Selbstverwaltungskörper einschlag und den M. W. B. als einen Selbstverwaltungskörper mit einem gewissen behördlichen Einschlag

Der Röhner-Konzern hat ebenfalls einen guten Abschluß getätigt. Die Reingewinne betragen in laufend Mark:

	1920/21	1919/20
Lothringer Hütten- und Bergwerkverein	17 486	8063
Häpser-Eisen- und Stahlwerk	9 030	5870
Georgs-Marien-Bergw.- u. Hüttenverein	7 370	2290
Mannsbädi-Werke	2 650	1270
Düffelbörfer-Eisen- und Drahtindustrie	1 350	441

Auch die Abschreibungen und das Werkserhaltungskonto weisen bedeutende Ziffern auf.

	Abschreibungen	Werkserhaltungskonto
Häpser-Eisen- u. Stahlwerk	5,00 Mill. M. (i. V. 5.18)	5 Mill. M.
Georgs-Marien-Bergwerks- u. Hüttenverein	5,91 Mill. M. (i. V. 5.87)	6 Mill. M.
Mannsbädi-Werke	2,98 Mill. M. (i. V. 2.55)	4 Mill. M.

75 % A-G. für chemische Industrie, Gellenskirchen. Mit nur 3,5 Millionen Mark Aktienkapital wurden 5,7 Millionen Mark rein verdient (unzurechnend die bekannten Abschreibungen und sonstige Buchungsmanipulationen!).

100 % Maschinenbau Bsch u. Henkel, Kassel, und zwar zunächst „bloß“ 25 % Dividende, dazu 75 % Gratifikationen, die Aktionären von 1:1 angeboten werden.

Lebensbedingungen der Gegenwart abgelehnt werden müsse, weil sich sonst drohend die Gefahr einer Verklärung der durchschnittlichen Lebenszeit erhebe. Die Arbeiterschaft muß sich zu einer Steigerung der Leistungen entschließen, weil sonst die durchschnittliche Lebensdauer der kommenden Generationen um ein Mehrfaches verkürzt würde. Ein Verzicht auf die Arbeitssteigerung bedeutet den Verfall des ganzen Volkes, namentlich des Nachwuchses des Proletariats. Sie muß unter allen Umständen bewirkt werden: auch unter Zurückstellung sozialpolitischer Erwünschtheiten, namentlich des (als zu schematisch aufgefaßten) Wirtschaftsentwurfes, einer Einseitigkeit, die als zielweisende Forderung ihre große historische Bedeutung im Klassenkampf der Arbeiter hatte, die aber bei ihrer Durchführung größter Differenzierung der Arbeitsarten, was Intelligenz, Kontinuität und faktischen Kräfteverbrauch anlangt, strengster Scheidung von wirklicher Arbeit und bloßer Arbeitsbereitschaft bedarf, wenn sie schon in guten Zeiten zu schmerzlicher Ungerechtigkeit und Unleichheit zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien, in Zeiten wie der jetzigen zu einer schweren Schädigung der Wirtschaft selbst werden soll.

Der Sozialist Rakiski ist der Ansicht, daß der schematische Wirtschaftsentwurf eine „schwere Schädigung der Wirtschaft“ bedeutet; Er führe zu nichts weiter als zu einer „Ungerechtigkeit und Unleichheit“. Dieser Ansicht sind die Schwer- und Schwerstarbeiter immer gewesen und es hängt nur noch von ihnen ab, wie lange sie sich diese Ungerechtigkeit gefallen lassen.

Die zwei Seiten

Die bekannte Diktatur des Proletariats und die kommunistische „Ordnung“ in Rußland haben dieses ehebem so fruchtbare Land mit einer Hunger- und Überzogenheit, die ihresgleichen sucht. Millionen verhungern hier sterben langsam an Siechtum dahin. Die Sowjetherren scheinen aber von alledem — mit Ausnahme der in den Aufrufen federfreudigen Sekretäre — nicht sehr davon ergriffen zu werden. Weshalb denn auch? Sie sind ja jetzt die Herren. Jetzt sind sie die Kapitalisten, die das dumme Proletariat knebeln können. Welche furchtbaren Gegensätze zwischen dem Leben der Sowjetherren und des hungernden Proletariats sich zeigen, mögen zwei Gegenüberstellungen beweisen. Die erste ist der unabhängigen „Freiheit“ vom 17. August entnommen, aus einem Artikel „Volksverjammungen“, Bilder aus Sowjetrußland von dem Rußlandreisenden Friedrich Mink; die zweite aus der kommunistischen Zeitung „Pravda“, die das Elendsleben der Kinder schildert:

„Freiheit“
Waren die Versammlungen, diese Meetings, von denen Max Barthelemy so schwärmte, endlich zu Ende, dann wurden die Arbeiter entlassen, dann konnten sie in das Atagselend zurückkehren und auf den ihnen versprochenen „nahen Sieg der Weltrevolution“ warten, während wir in den „Klub“, in irgendwelche Sowjethäuser gehen, um dort die geordnete Tische erwarteten. Ich habe in meinem Leben so köstlich zubereitete Speisen, Braten, Gemüse, Nudeln u. Kuchen gegessen, niemals solche Berge von Butter, Aufschnitt, Käse, Weizenbrot gesehen, wie auf diesen proletarischen Festmählern! Niemals aber habe ich so mit Widerwillen gegessen wie dort, wo ich eben noch das Hungerelend des Arbeiters gesehen und miterlebt hatte.

„Pravda“
Im Tschumaischongebiet sind fast 300 000 hungernde Kinder und 7000 Säuglinge. — Das Gouvernement Wjatka und das Mariengebiet haben über 500 000 hungernde Kinder; die Tatarenrepublik 1 500 000, das Gouvernement Ufa über 500 000. Auf den Straßen Ufas werden täglich bis 150 Buben aufgehängt.
Der Hungerjahren hat einen noch größeren Umfang im Gouvernement Samara, wo epidemische Erkrankungen auftreten. Im Gouvernement Simbirsk sind fast 800 000 hungernde Kinder. In allen genannten Gouvernements beabsichtigt die Hilfskommission Hilfskolonnen zu richten, wohin die amerikanische Hilfskommission je einen Vertreter entsenden wird.

Das sind die beiden Seiten des kommunistischen „Himmelreichs“, von dem Holtscher schreibt, daß eine neue Menschheitskultur davon ausgehe. Im übrigen ist die Feststellung auf der Generalversammlung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes interessant, daß die deutschen Kommunisten trotz ihres Geschreis am wenigsten zur Vinderung für die russische Not tun.

Streiflichter

Au den Pranger!

Der rote Landarbeiterbeamte H. Strub in Selde an der Jänere, gehört zu denjenigen, die die gelbe und rote Seite verbitterte Verleumdung, der christliche Landarbeiterverband habe von Arbeitgeberern 150 000 Mark erhalten, weitergetragen haben. Strub war dabei so unvorsichtig gewesen, als Empfänger des Geldes den Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes Kollegen Behrens zu bezeichnen. Kollege Behrens erhob Klage. Am 14. Juni fand Termin vor dem Schwurgericht zu Brodenem an. Der Beklagte hat, wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht anzutreten vermocht. Daß der Beklagte die Äußerung wider besseres Wissen getan hat, nahm das Gericht zu seinen Gunsten nicht an. Das schriftliche Urteil besagt:

Die Äußerung des Angeklagten stellt daher eine äble Nachrede nach § 186 Str.-R.-G. dar und zwar eine öffentliche nach § 200 Str.-R.-G. Für das Strafmaß kam besonders in Betracht, die außerordentlich schwere Ehrenkränkung des Privatflüglers in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter; als mildernd, daß die Angelegenheit einen politischen Hintergrund hat, und der Angeklagte offenbar ein leidenschaftlicher Parteigänger der Gegner dieses Verbandes, diese Tatsache nachgerade hat ohne sich irgendwie Gedanken darüber gemacht zu haben, daß sie der Wahrheit entsprechen. Es erschien daher ein Geldstrafe von 300 Mark ausreichend.

Der Verleumder hat keine Strafe erhalten.

Ein sozialistischer Arbeitervertreter.

In der Juni-Knummer von „Betrieb und Wirtschaft“, also in der Beilage unseres „Zentralblattes“, ist eingehend dargestellt worden, daß die Betriebsratbegeordnungen auch die Arbeiterschaft gegen Kündigung schützt. Jetzt gleichzeitig wird eine Entschädigung bekannt, die der Regierungspräsident von Arnberg als Demobilisierungskommissar getroffen hat. Sie ist unter dem Abzeichen Nr. 318 am 7. 5. 1921 ergangen und lautet folgendermaßen:

Auf die Anfrage vom 3. d. Mis. erwidere ich ergebenst, daß die Frage der Kündigung und Entlassung von Arbeitnehmern durch die Verordnung vom 8. November 1920 über Maßnahmen gegenüber Betriebsabwärtigen und Stilllegungen (R.W. S. 1901) nicht berührt wird. Verwaltungsbehörden können verbindliche Erklärungen über Zulässigkeit und Unzulässigkeit der Entlassung im ein-

zelnen Falle nicht abgeben, da dieses zur Zuständigkeit der Gerichte gehört.

Nach diesseitiger Auffassung kann aber darüber kein Zweifel sein, daß die Kündigung schon vor Ablauf der Sperrfrist erfolgen kann, sofern die Entlassung nicht schon vor dem Ablauf der letzteren erfolgt.

Diese Entscheidung setzt sich glatt über die gesetzlichen Bestimmungen hinweg. Und sie ist nicht nur falsch, sondern schädigt die Interessen der Arbeiterschaft auf das Größte. Die sozialistischen Zeitungen würden sicher geneigt sein, aus diesem Anlasse spaltenlange Artikel über Klassenjustiz und dergleichen zu bringen, wenn nicht der Herr Regierungspräsident von Arnberg ausgerechnet der „Genosse“ König wäre.

Aus der Wirtschaft

Industriegewinne.
Das Eisen- und Stahlwerk Haesch hatte laut Geschäftsbericht, folgenden Jahresabschluß in Millionen Mark:

	1920/21	1919/20
Reingewinn	37,06	31,79
Dividende	24 %	24 %
Sortras	28	0,87

30 % Maschinenfabrik Wulau N.-G., Magdeburg, nach sehr hohen Abschreibungen.

40 % Schmirgel- und Maschinenfabrik Hannover, nachdem 3 Millionen Mark auf „Werkhaltungsfonds“ geschrieben wurden.

40 % Neptun-Dampfschiffgesellschaft Bremen, und zwar 25 % Dividende und 15 % Bonus. Dabei sind riesige Abschreibungen, 18 Millionen Mark mehr wie im Vorjahre, gemacht.

50 % Zylinder-Hütte und Feiner Walzwerk, an der das Reich mit Aktienbesitz beteiligt ist, nach reichlichen Abschreibungen.

Dah auch die Industrie verdienen muß, um den Kampf auf dem Weltmarkt zu bestehen, bedarf keiner Worte. Und sie verdient gut. Um so unverständlicher und provozierender ist es, wenn ein paar Großen Lohn erhöhungen die größten Auseinandersetzungen und Kämpfe stattfinden. Die Industrie mag sich warnen lassen!

Preisbewegung in Eisen.

Das neuerliche Anziehen der Preise im Eisenhandel ist zum Teil bedingt auf das wachsende Auslandsgeschäft, zum andern auf das Sinken des Marktes. Ueber die internationale Preisbewegung auf dem Eisenmarkt hat die „Frankf. Ztg.“ eine Uebersicht zu geben versucht, der wir folgende Zusammenstellung der Handelspreise entnehmen:

Table with columns: Vorkriegsstand, Großbritannien, Verein. Staaten, Deutschland. Rows for different iron grades (I, II, III, IV) and dates (I 18, II 19, I 20, 1. 9. 21).

Gewerkschaftliches

Internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften in der graphischen Industrie.

Am 14. und 15. August fand in Stuttgart der erste Internationale Kongreß der christlichen Gewerkschaften der graphischen Industrie statt. Vertreten waren Deutschland, Holland, Oesterreich, Belgien und die Schweiz.

Die internationale Vereinigung christlicher Fabrik-, Transport-, Nahrungs- und Genußmittelverbände

tagte am 10. August in Konstanz am Bodensee. Ueber die Tätigkeit der Vereinigung leit ihrer Gründung sprach der internationale Sekretär Brüssel, aus dem Haag.

Kleine Notizen

Auf dem Schlachtfeld der Arbeit blieben auf den babylonischen Anilimwerken infolge eines ungeheuren Explosionsunfalls Hunderte von toten und verwundeten Arbeiterkollegen.

Der sozialistische Parteitag in Götting endete mit einer bedeutenden Schwenkung der Mehrheitssozialisten. Das alte Marx-Programm ist einer solchen Revision unterworfen worden, daß von dem alten Klassenkampf und Sozialisierungsstandpunkt nicht mehr viel übrig geblieben ist.

Sowjetrußland hat für alle möglichen Spielereien mit kommunistischem Hintergedanken in Hülle und Fülle. Augenblicklich ist der russische Volkskommissar für Bildungswesen, Grönberg, nach Berlin gekommen, um darthun den russischen Staatsverlag zu verlegen.

Bekanntmachung

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. Oktober der 41. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 2.-8. Oktober.

- Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:
Barmer: 1. Kl. 7 M., 2. Kl. 6 M., 3. Kl. 3,50 M., 4. Kl. 1 M.
Hörbe ab 1. Oktober: 1. Kl. 7 M., 2. Kl. 6 M., 3. Kl. 4 M., 4. Kl. 1,50 M.
Witten ab 40. Woche: 1. Kl. 6,50 M., 2. Kl. 5,50 M., 3. Kl. 4 M., Jugendklasse 1,50 M.
Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Streiks und Lohnbewegungen

Düsseldorf. Vorläufiger Abschluß der Lohnbewegung. Die seit August bemerkbare Teuerung zwang die Organisationen der Metallarbeiter, den Großtarif einer Revision zu unterziehen und zunächst ohne Kündigung des laufenden Abkommens mit Forderungen an die dem Arbeitgeberverband der Großindustrie angeschlossenen Firmen heranzutreten.

Inwieweit zum Mantel wie auch zum Lohnabkommen neue Forderungen eingereicht, mit dem Hinweis, daß es der Wunsch der Organisationen sei, zum 1. Oktober das neue Abkommen unter Dach und Fach zu haben. Am 18. September beschäftigte sich dann auch eine Sitzung der Tarifgemeinschaft mit der Lohnbewegung.

Alle Zulagen sollten im Falle der Annahme rückzahlbar sein für alle Kategorien ab 1. September. Im Falle der Nichtannahme durch die Gewerkschaften konnte der gesetzliche Inanspruchnahme zur Einigung bestritten werden. Wenn dies aber geschehen sollte, so erklärten die Arbeitgeber, und ein Schlichtungsgericht werden müsse, dann seien auch diese Zulagen erst vom Tage des Schlichtungsbeschlusses ab zahlbar.

Darauf fanden sich am Samstag, den 17. September die Vertreter der beiderseitigen Parteien innerhalb der Tarifgemeinschaft noch einmal zusammen, wobei dann die näheren Einzelheiten des vorläufig bis zum 31. Oktober laufenden Abkommens festgelegt wurden.

Der erste Schritt in der Lohnbewegung wäre also mit teilweisem Erfolge getan. Jetzt kommt die zweite große Aufgabe, die Neuordnung der Tarifverhältnisse bis zum 1. November. Die Forderungen der Arbeitnehmer sind dieselben geblieben, die Zugeständnisse der Arbeitgeber werden sich im wesentlichen nach der Einigkeit und Stärke der Organisation richten.

An die Arbeiterschaft aber ergeht jetzt in letzter Stunde noch einmal der Ruf zur Organisation zur Sammlung und Einigkeit. Wenn auch der letzte unorganisierte unsern christl. Metallarbeiterverband zugeführt wird, dann ist es möglich, die Anfangserfolge weiter auszubauen und im neuen Tarif zum besten des Allgemeinwohls zu verankern.

Verbandsgebiet

Ludwigshafen. Am Samstag hielt die Ortsgruppe Mundenheim des Christl. Metallarbeiterverbandes eine Mitgliederversammlung ab. Der Besuch war zufriedenstellend. Sekretär Kollege Schwarz von Ludwigshafen referierte über „Teuerung, Lohnpolitik und Gewerkschaften“, woran sich eine anregende Diskussion angeschlossen.

Ab 1. Oktober beträgt der Beitrag pro Woche in der 1. Kl. 6 Mark, in der 2. Kl. 5 Mark, in der 3. Kl. 3,50 Mark, in der 4. Klasse (Beihilfsklasse) 1 Mark.

Den Kranken und arbeitslosen Kollegen werden während der Dauer ihrer Krankheit oder Arbeitslosigkeit ihre Beiträge aus der Lotterielasse bezahlt. Ein sehr guter Opfergeist und Kampfesmut sprach aus den Reihen der Kollegen, besonders der Vertrauensleute, denen kein Opfer zu schwer und keine Mühe zu groß ist, für ihren Christl. Metallarbeiterverband zu werben.

Christentum und soziale Idee

I. Th.

Bereits seit längerer Zeit angekündigt, aber wohl etwas später als beabsichtigt, ist nunmehr der 1. Band der „Bücher der Arbeit“ erschienen. Die Herausgeber, Edward Herzog und Georg Wieber, sind in der christlichen Arbeiterpresse und der christlichen Gewerkschaftsbewegung führende Persönlichkeiten, deren Name dafür bürgt, daß die „Bücher der Arbeit“ Ziel und Richtung weisend, im Sinne christlicher Lebens- und Wirtschaftsauffassung, sein werden.

Der Zweck dieser Schrift ist nur der, wieder einmal auf die verbindende Gestaltung zwischen Christentum und sozialer Tat hinzuweisen. Der wahre Neuaufbau der Gesellschaft, der zusammengebrochenen Nationen und der innerlich jermürbten Menschheit kann nur im Verein mit der Idee des Christentums vollzogen werden. Nicht des Namenschristentums, das Bleiklotz und Verderben zugleich ist, sondern des lebendigen, auf Tatgeist erbauten, alle Stände in Liebe umfassenden und sozialistisch durchdrungenen Christentums.

Ueber dieses scheinbar bescheidene Ziel ist die Schrift Wiebers hinausgewachsen in einer überaus reichen und wertvollen Weise.

des Christentums. Ob gewollt oder ungewollt: zu einer Apologie, deren Eigenart — der soziale Untergrund — sie gerade für die Zeitgeistigkeits besonders wertvoll macht. Christus und seine Lehre steht im Mittelpunkt seiner Betrachtungen — und dennoch ist es beileibe kein Andachtsbüchlein, durchaus keine Traktatchen ähnliches, leichte Sonntagspaludament, sondern ganz im Gegenteil ein auf den rauen wirtlichen Alltag zugeschnittenes Buch, das ernsthaft studiert sein will. Eine ruhige Stunde gehört dazu, wie zu jedem guten Buch.

Einleitend behandelt der Verfasser den „inneren Kampf der Menschheit“ um das Menschheitsproblem, um den Kampf zwischen dem „eigenen Ich“ und der „sozialen Tat“. Seine Anschauung verbildet sich zu folgendem Kernsatz: „Eine wirkliche Sozialreform ist erst möglich durch die Aenderung der Seele, und damit ich nicht mißverstanden werde, nur durch die Aenderung der Seele im Sinne und im Geiste des lebendigen Christentums.“

Den fundamentalen Grundlag zwischen „individualistischer und sozialer Idee“ behandelt das nächste Kapitel in einer zwar schweren und tiefen Gedankenführung, aber über unsere Verbandskollegen die Wiebers Artikel im Verbandsorgan über diese Fragen aufmerksam gelesen haben, leicht zu folgen vermögen. Dieses Kapitel stellt gewissermaßen die wissenschaftliche Grundlage dar, auf der die mehr volkstümlich gehaltene weitere Abhandlung sich aufbaut. Erstes ersichtlich durchaus notwendig in einem Buch, das für alle Stände geschrieben ist und jeder, auch der wissenschaftlichen, Kritik standhalten muß.

Eine interessante Schilderung der Entwicklung des sozialen Gedankens im Altertum — bei den Römern, den Juden — das in einer „fürchtbaren Disharmonie des sozialen Gedankens“ endete, leitet mit dem Satze: „Es war eine so traurige Fiktion über die ganze Erde gekommen, daß nur eine übermenschliche Tat sie von der drückenden Last befreien konnte“ über zur Behandlung des sozialen Gedankens im Christentum.

In den Kapiteln „Christus“ — einer gerade grundräßig außerordentlich wertvollen Abhandlung — dann weiter „Christentum und Gesellschaft“, „Christentum und Nächstenliebe“, „Christentum und Wirtschaft“, „Christentum und Arbeit“ und dem Schlußkapitel: „Christentum, Klassenkampf und Kommunismus“ bringt Wieber das beste und durchschlagendste Material zur Vertiefung der Kerngedanken unserer Bewegung. Wer den Geist, den diese Abhandlungen atmen, bei der Reizure des Buches unbedingt in sich aufnehmen muß, wird dem Verfasser aufrichtigen Herzens dankbar sein. Er wird von der Sieghaftigkeit des Gedankens, daß gerade unsere Bewegung dazu berufen ist, auf das materiell ausgeartete Wirtschaftswesen unserer Tage durch Verbreitung christlicher Grundsätze lindernd und mildernd einzuwirken, um so leichter überzeugt werden, als er hier weniger von der Seite des Gefühls, als vielmehr des Verstandes gepackt wird. Dem Buch ist deshalb, wie keinem vor ihm, die weiteste Verbreitung in den Kreisen der Verbandskollegen zu wünschen. Bei dem verhältnismäßig wirklich billigen Vorzugspreis für Verbandsmitglieder von 5 M. (durch die Verbandsstellen bezogen), darf es bei keinem strebsamen Gewerkschaftler fehlen. Wenn so in recht viele Hände reiche Anregungen hineingetragen werden könnten, dann dürfte wohl dem Verfasser die größte, aber auch wohlverdiente Freude bereitet werden.

lingen und alle noch herzlich deutend und fühlenden Metallarbeiter unserer Organisation zuzuführen, wurde die schön und einmütig verlaufene Versammlung geschlossen.

In Friesenheim sprach Kollege Stadtrat Jang über das gleiche Thema. Auch dort wurde der gleiche Beschluß gefaßt.

Kieuerl. Ueber unsere letzte, äußerst gut besuchte öffentliche Artikelversammlung vom 21. August berichtet die „Rheinische Landeszeitung“:

„Zuletzt Sonntag fand eine vom hiesigen christlichen Gewerkschaftsrat einberufene öffentliche Versammlung statt, die zu einer großen grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen der christlichen Gewerkschaftsidee und der sozialistischen wurde. Auch die freien Gewerkschaften waren zahlreich vertreten. Der große Saal war bei Beginn nicht besetzt, als um 5 Uhr der Vorsitzende Jang, nach der Versammlung eröffnete und mitteilte, daß infolge der politischen Verhältnisse der Reichstagsabgeordnete Franz Wieber nicht habe erscheinen können, an seiner Stelle aber sein Sohn, der Schriftleiter des Organs des christlichen Metallarbeiterverbandes gekommen sei, den er herzlich begrüßte und dem er das Wort erteilte zu seinem Vortrag über „Sozialismus und christliche Gewerkschaften“.

Der Referent verstand es, in seinem einstündigen Referat in grundlegendem Vortrage die Unterschiede zwischen der marxistischen und christlichen Anschauung treffend herauszuarbeiten. Die Anschauung der christlichen Gewerkschaften skizzierte der Vortragende dahin: Durchdringung in Staat und Wirtschaft nach dem Worte: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ und energische Inangriffnahme dieser Ziele; materielle, kulturelle und rechtliche Hebung der Arbeiterklasse, Ringen um Gleichberechtigung und Gleichachtung in Gesellschaft und Wirtschaft; Kampf gegen die kapitalistischen und materialistischen Strömungen. An Hand der geschichtlichen Entwicklung wies der Referent auf die Irrtümer hin, die sich in der marxistischen Wirtschaftsauffassung und der materialistisch-sozialistischen Weltanschauung zeigen und die ihre konsequente Auswirkung im Ruhland gefunden hätten. Die Sozialdemokratie habe den Weg von Marx selbst verleugnet im neuen Völkler Parteiprogramm.

Als Ziele der christlichen Gewerkschaften zeichnete der Referent: Intensive, gewerkschaftliche Arbeit zur Hebung der Arbeiterklasse, was nicht in Rutschen und überhöhten Forderungen bestehen könne; parteipolitische und konfessionelle Neutralität, deren Abhängigkeit den furchtbaren Kampf innerhalb der sozialistischen Gewerkschaften hervorgerufen habe — Metallarbeiterverband —; Demokratisierung des Wirtschaftslebens, aufbauend auf der Gleichberechtigung aller wirtschaftlichen Kräfte, des Unternehmertums und der Arbeiterschaft; Selbsterhaltungskörper als regulierende Faktoren der Wirtschaft auf dem Wege zur sozialen Gemeinwirtschaft unter Wahrung der Privatinitiative, soweit es mit der Wahrung der Rechte der arbeitenden Schichten im Einklang steht; Auswirkung des sozialen Gedankens in der Gesetzgebung, Sozialpolitik und im Gesellschaftsleben; das Bewusstsein zum Deutlich und nicht in chauvinistischer Art, sondern in treuer Liebe, die den Willen zum Aufbau in sich trägt. Langanhaltender lebhafter Beifall folgte dem Vortrag.

Zu der nun folgenden Aussprache meldeten sich zwei Herren von den roten Größen, die die Kieuerl. „Genossen“ aus Nord und Süd zusammengekommen hatten, jedenfalls kein rühmliches Zeugnis für die hiesigen roten Führer. Die Anmeldeung zur Diskussion mußte schließlich erfolgen und soß ihres Amtes haltend überbrachten die Kieuerl. Größen, um nicht ganz unartig zu sein, mutig die Anmeldeungen und zwar erstens Herr Redakteur Baer von der sozialistischen Krefelder Wollstrümpfe und zweitens der sozialistische Parteisekretär v. d. Wed aus Goch. Der Erstgenannte verfuhr mit aller möglichen und unmöglichen Mitteln in einständiger Rede die Ausführungen des Herrn Wieber, so gut er konnte, zu widerlegen, kam auch auf Kirche und Religion zu sprechen und meinte schließlich, daß gerade die Kirche seit der Sozialistenherrschaft, seit der Revolution niemals so friedlich hätte schalten und walten können. Ob dem Herrn Baer die Erlasse eines A. Hoffmann anständig dem Gedächtnis entfallen waren? Der Diskussionsredner schleppte übrigens umfangreiches Material heran, von Leo XIII. angefangen bis zu Hoffmann, um die angebliche Nichtigkeit der marxistischen Lehre darzutun. Daneben fielen auch ab und zu Hiebe auf die christliche Anschauung. Er vermochte aber in nichts die Rede des Referenten zu entkräften.

Herr Baer hatte sich zu weit auf das grundsätzliche Gebiet gewagt, und da unterlag er vollständig seinem jüngeren Gegner, der in einmütiger Zustimmung die Entgegnung unerschütterlich den Vorlegungen Baers auf den Grund ging und ihre Haltlosigkeit unter stürmischer Zustimmung der Versammlung nachwies. Zwischenrufer, die ihre Verhaftetheit betreffend Christentum und die faktische Kirche suchten lassen wollten, nahm sich Herr Wieber persönlich vor und richtete sich unter dem Beschützer der Versammlung ab. Die Versammlung in Kieuerl. war ein Markstein in der Geschichte der hiesigen christlichen Arbeiterbewegung. Jetzt darf es keine Schwankungen mehr geben. Kein christlich denkender Arbeiter oder Arbeiterin darf in der sozialistischen Gewerkschaft sein, die ja Kirche und Christentum aus Grundlag bekämpft.

Offenbach (Hessen). In letzter Zeit mehren sich wieder die Fälle, wo sozialdemokratische Arbeiter verlangen, daß christlich-organisierte Arbeiter in die sozialistischen Gewerkschaften eintreten sollen. Aber nicht allein, daß man den Uebertritt kategorisch verlangt, sondern man will auch wichtige Genossen aus den Uebertritten machen, indem man verlangt, daß jeder Arbeiter eine von den drei sozialistischen Parteien herausgegebenen Zeitung abonniert. Die Leitung von keiner im Haushalt geleseenen Zeitung ist den roten Betriebsräten vorzulegen, so wird es verlangt.

Zwei recht drastische Fälle seien worden vielen hier angeführt: In der Offenbacher Schrauben-Industrie in Mühlheim a. M. fand am Mittwoch, den 14. September eine Betriebsversammlung statt, in welcher der Betriebsobmann Maier, der sich in der letzten Zeit besonders „herbortun“ folgendes n. a. ausführte: Der Betriebsrat verheißt von jetzt ab das Halten von Zeitungen die nicht auf sozialistischer Seite stehen. Es darf sich niemand mehr unterziehen, eine solche Zeitung im Betrieb lesen zu lassen. Der Betriebsrat wird hierzu ein hartes Auge haben. Unter den Zeitungen, die man jetzt noch halten darf, sind zu nennen das Offenbacher Abendblatt, (M. S. R.) Volksrecht, (M. S. R.) und der Kommunist; eine andere Zeitung darf kein Arbeiter halten. Das war Kapitel „Eins“. Kapitel „Zwei“. Jeder Arbeiter muß jetzt in die sozialistische Partei eintreten. Wer nicht freiwillig hineingeht, wird gezwungen. Man müsse unbedingt auf der Arbeiterseite auf der Hut sein, und deshalb ist es notwendig, daß (nach Aussage des Obmanns) daß wir ein geschlossenes Ganzes bilden, um im kommenden Bürgerkrieg, der nach meiner Aussage bald losgehen wird, sich zur Wehr setzen zu können. Eine andere Partei kommt für uns als Arbeiter nicht in Betracht — Kapitel „Drei“. Alles, was noch nicht frei gewerkschaftlich organisiert ist, muß in die freien Gewerkschaften eintreten. Ausnahme werden keine mehr geduldet. Kapitel „Vier“. Auch wir müssen unbedingt für unsere Genossen in England zur Förderung ihrer Not unser Scherlein beitragen, um sie vor dem drohenden Hungerstod zu retten. Es wurde in Vorschlag gebracht, 5 Mark pro Person zu geben, und der Betrag soll vom Lohn in Höhe von 10 Mark. Dieser Antrag wurde mit einigen Gegenstimmen angenommen.

Soweit der genaue Inhalt, aber anscheinend gefestigte und wichtige Herr Maier.

Der zweite Fall ereignete sich in einer großen Maschinenfabrik in Offenbach. Dort wurde den Arbeitern folgendes Schriftstück zur Kenntnisnahme vorgelegt:

Werte Kollegen!

In Anbetracht unserer jetzigen Verhältnisse, ist es Pflicht eines jeden Kollegen eine Arbeiter-Presse zu halten, einerlei welcher politischen Richtung.

Um zu kontrollieren, wie weit dies in unserem Betrieb der Fall ist, bitten wir jeden Kollegen am Montag, den 10. September, die letzte Quittung von seiner im Haushalt geleseene Zeitung mitzubringen. Ledige Kollegen bringen die Zeitungsausschnitte ihrer Eltern mit. Wenn sich jemand dieser Aufforderung entzieht, wird angenommen, daß er eine bürgerliche Zeitung liest und hat hieraus die Konsequenzen zu ziehen.

Der Obmann. Die Vertrauensleute.

Da diese Fälle gleichzeitig in mehreren Betrieben zu verzeichnen sind, muß angenommen werden, daß diesbezügliche Anweisungen ergangen sind. Die christliche Arbeiterschaft duldet aber auf keinen Fall eine Beschränkung oder Verletzung ihrer verfassungsmäßig und gesetzlich zustehende Rechte und ist gesonnen, mit allen gesetzlichen Mitteln für das Recht ihrer Weltanschauung und ihrer christlichen Organisation zu kämpfen. Wir warnen die Brüder von der roten Coloneerden Vögel zu überhumpeln, und möchten den Betriebsräten anraten, sich über Rechte und Pflichten zu informieren.

Die Presse der christlichen Arbeiterschaft ist aber nicht einseitig bürgerlich, wie das alte Sozialisten Schlagwort immer wieder glauben machen will, sondern sie dient der Volksgemeinschaft, bekämpft den Klassenhaß und schützt die Interessen aller Stände, soweit sie nicht zum Wohle des ganzen Volkes in Widerspruch stehen.

Der christlichen Arbeiterschaft, die noch ableits steht, hat aber aus diesen Forderungen zu ersehen, daß ihr Platz nur in einer christlichen Berufsorganisation sein kann, damit die Reihen der christlichen organisierten Arbeitern die um eine wahre Freiheit kämpfen, von Tag zu Tag härter wird. Trotz Gehul und Weichheit der sogenannten „Freiheitskämpfer“.

Heinrich Arez †

Nach längeren schweren Leiden ist am 20. Sept. unser Kollege Gewerkschaftssekret. H. Arez in M.-Gladbach verschieden. Mit ihm ist wiederum einer von der alten Garde unseres Verbandes dahingegangen. Im Jahre 1864 in Opheden geboren warf ihn der rauhe Lebenskampf frühzeitig in die Industrie. Im Streit um die Rechte der Arbeiterschaft stand er mit in vorderster Front und er war früh einer der Führer, der den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterschaft für die notwendigste Forderung der Zeit hielt und sich dafür einsetzte. So wurde er denn schon am 12. November 1899 Mitglied unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, für dessen Ausbreitung er voll und ganz seine Kräfte anspannte. Auf seine unermüdete Arbeit ist es mit zurückzuführen, wenn in dem linksrheinischen Gebiet um Gladbach unser Verband sich immer mehr durchsetzen konnte. Im Jahre 1905 trat er aus seinem Arbeitsverhältnis in den Dienst des Verbandes über und war seit der Zeit der erste Bevollmächtigte unseres christlichen Metallarbeiterverbandes in M.-Gladbach.

Seine rechtliche, treue Art, sein hieheres grades Wesen und seine Schaffenskraft haben ihn weit über den Kreis unserer Kollegen hinaus beliebt und geachtet gemacht. Unser christlicher Metallarbeiterverband wird stets das Andenken seines verstorbenen Kollegen Heinrich Arez in Ehren halten. Er möge ruhen in Frieden!

Worms. Vor dem Gewerbegericht Worms endete ein interessanter Streitfall am 1. Juli mit einem Vergleich. Ein hiesiger Schlossermeister, der wohl 8 (acht) Lehrlinge aber keine Gesellen hatte, hatte zudem mit seinen Lehrlingen einen Vertrag geschlossen, daß die Lehrlinge nach Beendigung der Lehrzeit nach 1 Jahr bei ihm bleiben müssen, während welcher Zeit sie nach Betragen und Leistung entlohnt werden. In Worms aber besteht ein Kollektivabkommen für die Industrie und das Gewerbe, nach welchem dem eben ausgetretenen Gesellen ein Stundenlohn von 3 Mark zustand. Der Meister entlohnte den Gesellen großzügig mit einer (!) Mark die Stunde und kündigte ihm, als der Verband die Einhaltung des Tarif verlangt. Der Schlichtungsausschuß Worms beurteilte den Schlossermeister, daß er den Tariflohn vom Tage der Beendigung der Lehrzeit nachzahlen und den Gesellen weiterbeschäftigen habe. Trotzdem entließ der Meister (früherer Innungspräsident) den Schlosser. Unser Verband klagte nun beim Gewerbegericht Worms auf Nachzahlung des Tariflohnes seit der Beendigung der Lehrzeit, in Höhe von 24 Mark. Das Gewerbegericht wollte sich auf den Standpunkt stellen, daß der Schlichtungsausschuß des Tariflohn gegen den der Meister Einspruch erhoben hatte, damit unwirksam für die Beurteilung der Sache sei. Unterwegs war geltend gemacht worden, daß, nachdem trotz des Schlichtungsausschusses der Arbeiter erfolgt war, eine neue Rechtslage gegeben sei und daß Gewerbegericht zu einer Beurteilung kommen müsse. Man machte der Schlossermeister den Einwand, daß die Schlosserinnung das Kollektivabkommen nicht unterschrieben habe und er infolgedessen nicht an das Abkommen gebunden sei. In der Tat war bei der Unterschreibungsleistung beim Abkommen infolgedessen ein Vorbehalt gemacht worden, als der Schlosserinnungsvorsitzende in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bierungs- und Einkaufsvereins der Schlossermeister unterzeichnete auf daß die Schlosserinnung zu zeichnen. Das Gewerbegericht hatte schon in einem ähnlichen Falle entschieden, daß trotz dieses Vorbehalts die Annahmemeister an das Kollektivabkommen gebunden seien und stellte sich in vorliegender Falle auf den gleichen Standpunkt. Da der Schlossermeister dafür belangt ist, daß er, selbst wenn er eintrifft, daß er dreimal Mazedon hat, lastig weiter bezweifelt, ließ sich der Schlossermeister auf einen Vergleich ein, weil im der Epaß in der Höhe über ist, als die bekannte Tante auf dem Dache. Der gute Schlossermeister mußte sich schließlich dazu hersehen, unserem Kollegen die Summe von 200 Mark sofort auszuzahlen, was unser Kollege ohne unserer Verband nicht erreicht haben würde.

Branchenbewegung

Jesenshandwerker- und Tagesarbeiter-Konferenz im Bergbau.

Die christlichen Berufsverbände der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Ziegler, Gärtner und Eisenbahner hatten für ihre Mitglieder im Bergbau eine Delegiertenkonferenz nach Essen einberufen. In der vom Bezirksleiter Kollegen Burgard (Duisburg) geleiteten Konferenz erhaltete zunächst Gewerkschaftssekretär Kollege Dubez (Duisburg) Bericht über den Verlauf der gegenwärtigen Lohnbewegung bzw. das Ergebnis der Lohn- und Tarifverhandlungen im Bergbau. Vom Gewerkschaftssekretär Kol-

lege Kurth (Essen) wurde der Bericht im einzelnen noch vervollständigt. Die Aussprache ergab eine Annahme der Lohnherabsetzung.

Dann folgte ein Referat über „Berufs- oder Industrieverband“, das vom Bezirksleiter Burgard gehalten wurde. Der Redner führte u. a. aus, die Frage „Berufs- oder Industrieverband“, die heute im Vordergrund der Erörterung steht, bezöhere nicht nur die Arbeiterschaft im Bergbau, sondern das gesamte deutsche Volk sei daran interessiert. Es handele sich um die Entscheidung, ob das deutsche werktätige Volk noch mehr profetarisiert werden soll, oder ob es durch seine Intelligenz sich neben der Gleichberechtigung auch die Gleichachtung erringen wird. Die Voraussetzung zu der Erreichung der Gleichachtung ist eine hochwertige Ausbildung, wie sie z. B. in der Lehrgang eines Facharbeiters zu erfolgen hat. Von den Berufsverbänden wird diese Ausbildung weiter gefördert und vertieft. Nur Qualitätsarbeit ist in stande, unser Wirtschaftsleben wieder hochzubringen. Qualitätsarbeit kann nur von Qualitätsarbeitern geleistet werden, die heranzuziehen nur durch Förderung und Stärkung des Berufsgedankens überhaupt möglich ist. Die in der Nachkriegszeit bisher vorhanden gewesene Kohlennot hat zu einer bevorzugten Stellung der Bergleute in Deutschland geführt. Nach der Meinung hervorragender Wirtschaftspolitiker wird der Weltkohlenmarkt in absehbarer Zeit gesättigt sein, so daß die Frage „Berufs- oder Industrieverband“ auch als Konjunkturfrage erscheint. Bei objektiver Beurteilung dieser Verhältnisse muß man zu dem Schluß kommen, daß für die im Bergbau tätigen Bergleute der Berufsverband die richtige Organisation auch für die Zukunft ist.

Ein zweiter Vortrag über „Die Leistungen der Berufsverbände und deren Erfolge in der Vergangenheit“ wurde vom Gewerkschaftssekretär Dubez vom Bauarbeiterverband gehalten. Der Redner schloßte eingehend, wie noch vor 20 Jahren der Handwerker und Arbeiter rechtlos und der Willkür ausgesetzt und selbst Leben und Gesundheit kaum gesichert war. Nur durch Tarifverträge konnte dieser Zustand geändert und verbessert werden, was wurde klar von den Berufsverbänden erkannt, und ihrer vor Jahren eingeleiteten Arbeit und Durchsetzkraft ist es allein zuzuschreiben, daß das Fundament zu der heute überall vorhandenen Tarifverträge gelegt wurde. Die von Berufsverbänden abgeschlossenen Tarifverträge sind ganz anders auf die Berufsverhältnisse zugeschnitten, als es für unsere Berufskollegen im Bergbau der Fall ist. Um diese Leistungen zu erzielen, müssen die Berufsverbände naturgemäß auch entsprechend hohe Mitgliedsbeiträge haben, während von Industrieverbänden gerade mit niedrigen Beiträgen gern agitiert wird. Zum Schluß wies der Redner auf die Beisprüche der Gewerkschaftskongresse hin, die bisher immer für den Berufsverband entschieden haben. Darum sollten die Mitglieder aller christlichen Berufsverbände im Bergbau zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen zur wahrheitsgemäßen Wahrung ihrer Berufsinteressen.

Als dritter Redner sprach Sektionsleiter Heimüller vom Holzarbeiterverband über materielle und ideale Interessen der im Bergbau tätigen Berufskollegen, wobei er die letzteren höher stellte, und gerade aus idealen Gründen die Pflege des Berufsgedankens durch Stärkung der Berufsorganisation verlangte.

Verbandssekretär Kollege Hirtziefer machte interessante Mitteilungen über die Möglichkeit der Regelung des Grenzfreigehens im Bergbau, und erklärte hierbei, daß entscheidend in dieser Frage ist, ob wir einen Willen haben oder nicht. Wir haben den Willen, und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Nachdem außer einer Delegierten auch Bezirksleiter Kurth vom Holzarbeiterverband und Gauleiter Formagen von den Eisenbahnern zu Wort gekommen war, wurde eine längere Entscheidung angenommen, in der zu den Lohnfragen und besonders zur Frage der Berufs- oder Industrie-Organisation Stellung genommen wurde. In dieser Sache stellte sich die Konferenz einmütig auf den Standpunkt des Berufsverbandes.

Geldeingänge

Geldeingänge bei der Hauptkasse im Monat August.
Amberg 62 700, Rattowitz 60 000, Amberg 8910.95, Hagen 141 234.79, Schweiger 9000, Warmen 8600, Dingelstädt 4564.42, Berlin 1138.05, Kirchgandern 686, Gildesheim 2746.10, Delbe 2735.95, Stuttgart 2855.97, Deutsch-Krone 505.20, Meßkirch 35 630.67, Behrhorst 28 055.52, Werbold 54 611.89, Mühlheim 28 807.50, Eingen 3000, Brandenburg 1000, Waldkirch 619.50, Witten 9500, Schweinfurt 21 367.40, Köln 73 279.71, Ettlingen 1428.25, Trier 1094.55, M.-Gladbach 11 500, Reine 3913.70, Lenkfurt 1426.35, Dortmund 8000, Menden 80 222.16, Othe 35 730.85, Wittenfeld 24 855.94, Kierlohn 32 000, Mannheim 3000, Schramberg 13 018, Mettmann 170.65, Grebenbrück 17 697.77, Lauchertal 7659.10, Kürnbach 31 190.95, Waldenburg 400.20, Mannheim 1500, Hörsingeborn 921.50, Samsdorf 1155.63, Kurmangen 3933.75, Warmen 4500, Stolberg 11 971.30, Berlin 5000, Nachen 44 804.64, Troisdorf 17 500, Waldkirch 500, Hamm 48 000, Kitzbühle 1000, Erfurt 149.40, Zhal 1000, Krefeld 1500, Hamm 22 052, Sörbe 10 000, M.-Gladbach 10 000, Glad 325.30, Ravensburg 12 590.89, Gmünd 10 811, Der 2040.05, Bochum 153 525.33, Tutlinsgen 5446.95, Bielefeld 1000, Wlhen 5000, Hannover 923.48, Siegen 2491.08, Siegen 73 000, Solingen 15 067.26, Wittenheim 1910.95, Offenbach 5000, Warmen 5000, Friesheim 1000, Stolberg 10 000, Ludwigshafen 6000, Dingelstädt 1000, Erfurt 450, Opheden 23 000, Bremen 1000, Wetzlar 2000, Reuwin 6735.76, Wittenfeld 2000, Wittitina 1945.50, Köln 20 000, Schönfeld 302, Wittenfeld 16 000, M.-Gladbach 11 600, Wierach 400, Hannover 2000, Augsburg 37 264.63, Klenzburg 400, Wilhelmshoven 1049.48, Rattowitz 117, Troisdorf 10 917.30, Götting 15 822.95, Reife 461.95, Kiel 3000, Warmen 5000, Wittenfeld 1818, Essen 192 607.92, Düsseldorf 24 128.55, Duisburg 25 000, Duisburg 19 500, Duisburg 19 000, Duisburg 25 244.44, Krefeld 849, Duisburg 25 000, Duisburg 15 000, Duisburg 200, Duisburg 10 000 Mark.

Weich- und Hartlöter für Schmelzleistungen
Mechaniker-Salvatore, Lotierer für
Büstenhalter, sofort gesucht.
C. Wiemann & Co., S. m. b. H., Kettwig-Ruhe

Wichtige Fachlehrbücher
Praktik der Schweißtechnik für
Praktiker M. 11.—, Prindler M. 11.—, Werkstattwinke für den praktischen Maschinenbau M. 19.50, Schutz und Verwertung von Erfindungen M. 9.50, Störungen an Betriebsmaschinen M. 11.—, Störungen an elektr. Maschinen M. 12.—, Leitfaden der drahtlosen Telegraphie M. 9.50, Elektr. Beleuchtungs-technik M. 11.—, Ausnutzung der Windkräfte M. 14.—, Maschinen-Heck M. 2.—, Prüfung der Eisen- und Stahlsorten M. 2.50, Herleitung der Gewinde und Gewindeschneidwerkzeuge M. 2.—, Berechnung der Federn M. 14.50, Kohlenenergie bei Industrieerzeugnissen M. 2.50, Zeitgemäße Ingenieur-Ausbildung M. 4.50, Wie erlange ich in kurzer Zeit eine schöne und geläufige Handschrift m. 4.—, Gegen Nachnahme, Akademisch-Technischer Verlag, Frankfurt a. M., West 8.

Basteln Sie? So verlangen Sie Grotz-Prospekt unserer 1000 fach bewährten
Universal-Tischhobelbänke D. R. G. M.
Schrader & Co., Leipzig 38-102